

PRESSEERKLÄRUNG

Nr.: 419
Thema: Spielhallengesetz

Redaktion: Katharina Maurer
Datum: 7. Oktober 2010

BUNG: ERGEBNISSE DER BERLINER SPIELHALLENBEGEHUNG UNTERSTÜTZEN FORDERUNG NACH SPIELHALLENGESETZ

Zu den heute veröffentlichten Ergebnissen der ersten Berliner Spielhallenbegehung zur Einhaltung des Jugend- und Spielerschutzes der Fachstelle für Suchtprävention erklärt die stadtentwicklungspolitische Sprecherin der CDU-Fraktion, **Stefanie BUNG**:

"Die Ergebnisse der Spielhallenbegehung bestärken uns weiter in unserer Überzeugung, die Eindämmung des Glücksspiels durch einen Gesetzesantrag zu forcieren. Denn in fast einem Viertel der 44 besuchten Spielhallen in Neukölln, Mitte und Friedrichshain-Kreuzberg werde gegen das Jugendschutzgesetz verstoßen.

In unserem Gesetzesentwurf stellen vor allem die gesellschaftspolitische und nicht die fiskalpolitische Frage und setzen wir einen Meilenstein in der Bekämpfung der Spielsucht. Im Vordergrund unserer Bemühen steht nach wie vor der Jugendschutz. Die bundesweit positive Resonanz aus den anderen Bundesländern, die beinahe flächendeckend unseren Entwurf angefordert haben, bestätigt uns in dieser Sichtweise.

Weiterhin fordern wir die Berliner SPD und den Senat auf, sich zu erklären, ob für sie die Eindämmung der Spielhallen, die Bekämpfung der Spielsucht und der Jugendschutz im Vordergrund steht, oder nur mit der Besteuerung der Spielhallen die Einnahmen aus der Vergnügungssteuer erhöht werden sollen."

Anlage: Spielhallengesetz